

2015 zweitstärkstes Jahr Onshore

[29.01.2016] Die Deutsche WindGuard konnte für das Jahr 2015 den zweithöchsten Zubau bei der Windenergie an Land feststellen. Lediglich im Vorjahr 2014 hatten neue Flächenausweisungen einen noch höheren Ausbau bewirkt.

Das Jahr 2015 war mit 3.536 Megawatt (MW) Netto-Zubau das zweitstärkste Jahr für den Onshore-Windenergieausbau in Deutschland. Wie der Bundesverband Windenergie (BWE) und VDMA Power Systems mitteilen, hat dies die beauftragte Deutsche WindGuard ermittelt. Der Nettoausbau sei zwar um 19 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken – der Zubau betrug hier 4.386 Megawatt – sei aber auf hohem Niveau geblieben. Der Abbau von Windenergieanlagen sei dafür mit 195 MW im Jahr 2015 um 46 Prozent gegenüber dem Jahr 2014 (364 MW) zurückgegangen. Der Ersatz in Repowering-Projekten habe bei 484 MW gelegen. Die kumulierte installierte Windenergieleistung in Deutschland betrug Ende des vergangenen Jahres 41.652 MW. Damit wurden 2015 78 Terawattstunden Strom erzeugt und rechnerisch 20 Millionen Haushalte versorgt sowie zwölf Prozent des deutschen Bruttostromverbrauchs gedeckt, heißt es in der Marktanalyse. Ein Blick auf die Bundesländer zeigt, dass sich der Ausbau in Baden-Württemberg gut entwickelt, Bayern trotz Abstandsregelung nur einen moderaten Rückgang verzeichnet und sich auch der Zubau in Nordrhein-Westfalen positiv gestaltet. In Schleswig-Holstein sei hingegen aufgrund der unsicheren Entwicklung der Flächen ein Rückgang zu beobachten. Aus Sicht der Verbände verunsichert der Entwurf des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) 2016 nun jedoch Hersteller und Betreiber, weil man sich künftig von den verbindlichen Ausbaupfaden lösen und die Windenergie an Land mit jährlich schwankenden Ausschreibungsmengen steuern will. Es sei auf jeden Fall ein Fehler, den weiteren Zubau starr am 45-Prozent-Ziel im Stromsektor auszurichten. VDMA Power Systems und BWE fordern die Regierung deshalb auf, das EEG 2016 und den Klimaschutzplan 2050 aufeinander abzustimmen. Neben einer Kopplung der Sektoren Strom, Wärme und Mobilität sei es außerdem nötig, das Ausschreibungsvolumen der Windenergie an Land über zehn Jahre zu glätten. Denn: ein volatiler Ausbaupfad auf niedrigem Niveau hätte schwere Folgen für den Technologiestandort Deutschland. Auch seien kleine Akteure und Bürgerenergiegenossenschaften von den Ausschreibungen bedroht. BWE-Präsident Hermann Albers forderte: „Wir appellieren an die Bundesregierung, die von Brüssel zugelassenen Ausnahmen für diese Akteure zu nutzen.“

(me)